

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Währungs- und Bankenunion – Von guten Absichten zu gefährlichen Entwicklungen	9
A. Grundsätzliches	12
I. Finanzstabilität oder Bankenunion?	12
II. Der Anspruch auf ein faires Verfahren – Einige prozessuale Anomalien	14
B. Verfassungsbeschwerde gegen die Europäische Bankenunion (2 BvR 1685/14)	17
I. Das Petitum	19
II. Der Sachverhalt	24
1. Die angegriffenen Rechtsakte als integraler Bestandteil des legislativen Gesamtprojektes der Bankenunion	24
2. Die organisierte Erschwerung der verfassungsrechtlichen Kontrolle der Bankenunion.....	27
III. Die Bankenunion: Der vorläufige Höhepunkt des Selbstermächtigungsregimes in Brüssel	30
IV. Die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	32
1. Beschwerdegegenstände und Beteiligtenfähigkeit	32
2. Beschwerdebefugnis	34
3. Rechtswegerschöpfung gem. § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG, Grundsatz der Subsidiarität sowie Form und Frist gem. §§ 23, 92, 93 Abs. 3 BVerfGG	37
V. Zur Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	38
1. Die Verletzung der Beschwerdeführer in ihrem Recht aus Art. 38 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1, 2 GG – Das streitgegenständliche Zustimmungsgesetz sowie die Verordnung (EU) Nr. 4/2013 als ausbrechende Rechtsakte.....	38
2. Der defizitäre Rechtsschutz gegen den SSM verschärft den <i>ultra vires</i> -Charakter des Zustimmungsgesetzes i. V. m. der SSM-Verordnung	53

3.	Mit dem Zustimmungsgesetz hat der Deutsche Bundestag gegen seine Integrationsverantwortung verstoßen.....	57
4.	Gravierende Eignungsdefizite der Bankenunion unterstreichen ihre Unverhältnismäßigkeit.....	60
VI.	Zusammenfassung und Ausblick auf weitere Beschwerden.....	65
1.	Die angegriffenen Rechtsakte zur Konstituierung der Bankenunion sind nicht durch die Ermächtigungsgrundlagen des AEUV und des EUV gedeckt.....	65
2.	Weitere Verfassungsbeschwerden unvermeidbar.....	66
C.	Erweiterung der Verfassungsbeschwerde auf die SRM-VO.....	71
I.	Zulässigkeit.....	72
1.	Die SRM-Verordnung als Akt der öffentlichen Gewalt im Wege der Fortsetzung des Projektes Bankenunion ist ein tauglicher Beschwerdegegenstand.....	72
2.	Beteiligtenfähigkeit.....	73
3.	Beschwerdebefugnis.....	73
II.	Begründetheit.....	74
1.	Art. 114 Abs. 1 AEUV ist keine taugliche Ermächtigungsgrundlage für die SRM-Verordnung.....	74
2.	Die Trennung von Bankenaufsicht und Bankenabwicklung wird in der Realität nicht funktionieren.....	76
3.	Die SRM-Verordnung hätte ohne den Abwicklungsfond gar nicht in Kraft treten dürfen.....	77
4.	Der durch die SRM-Verordnung entstehende Abwicklungsfond gleicht einer Harmonisierung von Abgaben.....	78
5.	Weitere Bestimmungen der SRM-Verordnung sind als implizite primärrechtliche Änderungen zu qualifizieren.....	81
6.	Das Projekt Bankenunion verfehlt ihr eigentliches Ziel.....	82
D.	Ergänzender Schriftsatz: Bundesrepublik ist nicht mehr in der Lage, die Finanzstabilität zu bewahren.....	84

E.	Ergänzender Schriftsatz: Interessenkonflikt der EZB bei gleichzeitiger Wahrnehmung ihres geldpolitischen Mandats und Aufgaben der Bankenaufsicht	90
F.	Ergänzender Schriftsatz: Defizitärer Rechtsschutz innerhalb der SSM-VO	100
G.	Ergänzender Schriftsatz: Nichtanwendung der Bankenabwicklungsregeln	106
H.	Replik auf die Stellungnahme der Regierung	110
	I. Zum Sachverhalt	110
	1. Der Fall „Italien“ widerlegt die Notwendigkeit einer Bankenunion	111
	2. Kompetenzverlust für nationale Aufsichtsbehörden	114
	3. Schaffung eines internen Organs außerhalb der eigenen Organisationsgewalt	115
	4. Fehlende Integrationsverantwortung der Verfassungsorgane	116
	II. Zur Zulässigkeit	121
	1. Beschwerdegegenstand	121
	2. <i>ultra vires</i> -Kontrolle	121
	3. Beschwerdebefugnis durch Verletzung von Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG	125
	4. Reichweite der Integrationsverantwortung.....	133
	5. Defizitärer Rechtsschutz gemäß Art. 19 Abs. 4 GG	137
	III. Zur Begründetheit	141
	1. Verletzung des Art. 14 Abs. 1 GG iVm. Art. 88 S. 2 GG	141
	2. Art. 114 Abs. 1 S. 2 AEUV ist keine geeignete Ermächtigungsgrundlage	144

I.	Ergänzender Schriftsatz: Vertiefung der <i>ultra vires</i>-Akte: Generalmächtigung der Kommission zur Erhebung der Beiträge der Kreditinstitute für den SRF sowie mangelnder Rechtsschutz in der SSM- und SRM-VO.....	146
I.	Generalmächtigung der Kommission zum Erlass delegierter Rechtsakte hinsichtlich der Festlegung der Beiträge für den Single Resolution Fund (SRF).....	146
1.	Die Befugnisse der EU-Kommission hinsichtlich der finanziellen Ausstattung des SRF innerhalb der SRM-VO.....	147
2.	Zusammenfassung	155
II.	Defizitärer Rechtsschutz im Rahmen der Bankenunion	156
1.	Rechtsschutz gegen aufsichtsrechtliche Maßnahmen im SSM.....	157
2.	Rechtsschutz gegen abwicklungsrechtliche Maßnahmen im SRM.....	170
J.	Schriftsatz zur Fremdnützigkeit der Bankensonderabgabe	180
K.	Plädoyer am 27.11.2018 vor dem 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts	188
Epilog: Gefahren für die Rechtsgemeinschaft – Zur Notwendigkeit der rechtlichen Einhegung der Unionsorgane dargestellt u. a. am Beispiel der Bankenunion		
		193
I.	Die Gefahrenlage und ihre juristische Qualifizierung.....	193
II.	Der permanente Ausnahmezustand: Die unbemerkten, andauernden <i>ultra vires</i>-Akte der Europäischen Kommission und der ihr beiwohnenden EU-Gewalten.....	194
1.	Die Bankenunion als Vollendung der Währungsunion?.....	194
2.	Rechtsverwüstung in der europäischen Wettbewerbspolitik oder: Die Abschaffung des Kartellrechts als Rechtsgebiet.....	200
3.	Weitere Spielfelder der Kommission.....	204
III.	Juristische Einhegungsstrategien und politische Optionen: Wie geht es weiter mit der EU als Rechtsgemeinschaft?.....	207